

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/271

6. September 1972

"Helft mit, den Haß zu überwinden!"

Rede des Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav
W. Heinemann am 6. September 1972 bei der
Münchener Trauerfeier für die Opfer des Hoch-
anschlages im Olympischen Dorf

Seite 1 / 42 Zeilen

Mehr Geld für die Gemeinschaftsaufgaben

Eine Aufrechnung zur notwendigen Klarstellung

Von Konrad Porzner MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion und
des Bundestags-Finanzausschusses

Seite 2 bis 4 / 135 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 636 845 / 636 847/
636 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Helft mit, den Haß zu überwinden!"

Rede des Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann
am 6. September 1972 bei der Münchner Trauerfeier für
die Opfer des Mordanschlages im Olympischen Dorf.

Vor 11 Tagen habe ich hier in dieser Arena, von dieser
Stelle, die Olympischen Spiele München 1972 eröffnet. Sie began-
nen als wahrhaft heitere Spiele im Sinne der Olympischen Idee.
Ein großartiges Echo in der weiten Welt begleitete sie, bis
sich gestern morgen der Schatten einer Mordtat auf sie legte.
In der vergangenen Nacht haben sich Schrecken und Entsetzen
ausgeweitet. Der Versuch zur Rettung der israelischen Geiseln
schlug fehl.

Wo vor kurzem noch frohe Gelöstheit herrschte, zeichnen
jetzt Ohnmacht und Erschütterung die Gesichter der Menschen.
Fassungslos stehen wir vor einem wahrhaft ruchlosen Verbre-
chen.

In tiefer Trauer verneigen wir uns vor den Opfern des
Anschlages. Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen und dem
ganzen Volk Israel.

Dieser Anschlag hat uns alle getroffen. Waren dieser An-
schlag und sein Ausgang abzuwenden. Niemand wird darauf im Au-
genblick eine abschließende Antwort geben können.

Wer sind die Schuldigen an dieser Untat? Im Vordergrund
ist es eine verbrecherische Organisation, die da glaubt, dass
Haß und Mord Mittel des politischen Kampfes sein können. Verant-
wortung tragen aber auch jene Länder, die diese Menschen nicht
an ihrem Tun hindern.

Allen Menschen in allen Teilen der Welt ist in den letzten
Stunden vollends klar geworden, daß Haß nur zerstört. Die Opfer
auch dieses Anschlages rufen uns abermals auf, unsere ganze
Kraft für die Überwindung des Hasses einzusetzen.

Gerade angesichts der neuen Opfer gilt es jetzt, dem Fasa-
tismus, der die Welt aufschreckt, den Willen der Verständigung
entgegenzusetzen. Die olympische Idee ist nicht widerlegt. Wir
sind ihr stärker verpflichtet als zuvor. Bei dem, was wir erle-
ben mußten, besteht keine Trennungslinie zwischen Nord und Süd,
keine zwischen Ost und West. Hier besteht eine Trennungslinie
zwischen der Solidarität aller Menschen, die den Frieden wollen,
und jenen anderen, die in tödliche Gefahr bringen, was das Leben
lebenswert macht.

Das Leben braucht Versöhnung. Versöhnung darf nicht dem Terror
zum Opfer fallen.

Im Namen der Bundesrepublik Deutschland appelliere ich an
alle Völker dieser Welt:

Helft mit, den Haß zu überwinden!

Helft mit, der Versöhnung den Weg zu bereiten!

Mehr Geld für die Gemeinschaftsaufgaben.

Eine Aufrechnung zur notwendigen Klarstellung

Von Konrad Forzner MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion und
des Bundestags-Finanzausschusses.

Der Markt produziert nicht alles, was eine Gesellschaft braucht. Klassisches Beispiel: Der Markt produziert Autos, aber keine Straßen. Viele Dienste und Leistungen können eben nur von der Gemeinschaft erbracht werden: von den Gemeinden, den Ländern und dem Bund. Auch bei steigendem Einkommen können Facharbeiter oder selbständige Handwerksmeister keine privaten Krankenhäuser, privaten Schulen, privaten Kindergärten und andere Einrichtungen finanzieren. Nur eine kleine Minderheit mit Großvermögen und riesigen Einkommen kann das. Bleiben aber die öffentlichen Investitionen zurück, so geht das vor allem zu Lasten der Lebensqualität und des Lebensstandards der Arbeitnehmer und eines großen Teils der Selbständigen.

Die finanzielle Oberschicht kann sich privat alles leisten. Sie ist auf öffentliche Leistungen weniger angewiesen und von fehlenden Einrichtungen weniger betroffen. Nicht der Staat wird reicher, sondern die Lebensqualität der Menschen wird verbessert, wenn wir Gemeinschaftsaufgaben erfüllen. Nicht anonymen Staatsbedarf wird gedeckt, sondern die Bedürfnisse des einzelnen werden befriedigt.

Es kommt darauf an, aus dem in der Verfassung garantierten Grundsatz auf gleiches Recht in der Praxis die gleiche Chance zu schaffen.

Haushalt: Politik in Zahlen

Der Bundeshaushalt ist Politik in Zahlen. Wer ihn befürwortet und beschließt, will eine bestimmte Politik durchsetzen, eine Politik, die sich den Ausbau der Sozialordnung zum Ziel gesetzt hat. Wer ihn ablehnt, lehnt diese Politik ab. Die hemmungslosen Angriffe der Opposition gegen die Haushaltspolitik der Bundesregierung gelten nur vordergründig den Zahlen. Der CDU und CSU paßt die ganze Rechnung nicht. Ihnen und den Unternehmerverbänden ist jeder öffentliche Haushalt zu groß.

Die Forderung nach möglichst kleinem staatlichem Anteil am Sozialprodukt hat andere als konjunkturpolitische Gründe. Sie wird - bewußt oder unbewußt - von Repräsentanten privilegierter Gruppen gestellt, deren Einkommen weit über dem Durchschnitt liegen und deren Lebensgestaltung und Lebensstandard viel weniger von öffentlichen Leistungen abhängen als bei Familien mit niedrigen Einkommen. Die privilegierten Gruppen haben schon alles, was für andere erst geschaffen werden muß. Zusätzliche Gemeinschaftsleistungen würden ihnen keinen oder nur geringen zusätzlichen Nutzen verschaffen. Sie haben deswegen auch kein Interesse am Ausbau der Sozialordnung, ja sie wenden sich dagegen, weil sie eine Beteiligung an

den öffentlichen Luxus und fragt - natürlich verantwortungsbewußt und besorgt um die Gemeindefinanzen -, ob denn die Städte keine wichtigeren Aufgaben zu erfüllen hätten. Was eine bevorzugte Kinderheit privat genießt, wird zu einem öffentlichen Luxus, also Überflüssig, wenn für alle Bürger durch Gemeinschaftseinrichtungen die gleiche Möglichkeit geschaffen werden soll. Damit die Städte dazu instand gesetzt werden, müssen wir ihnen die nötigen Mittel geben. Darum geht es zum Beispiel bei der Erhöhung des Anteils der Länder am Mehrwertsteueraufkommen um gut zwei Milliarden DM, wovon die Gemeinden mit einem Viertel beteiligt sind, und deswegen wird der Bund mehr Kredite aufnehmen als im Haushaltsentwurf geplant.

Reiche brauchen kein Altersheim

4/ Wer auch im Alter ein großes Einkommen bezieht, braucht sich wegen eines Platzes im Altersheim kaum Sorgen zu machen. Mit einer wachsenden Zahl guter, aber teurer privater Alters- und Pflegeheimen wird denjenigen geholfen, die monatlich große Beträge zahlen und obendrein noch viele tausend DM Kapital einbringen können. Es ist gut, daß ein kleiner Teil auf diese Weise für sich sorgt.

Für andere aber, die nur niedrige Renten beziehen, jedoch auf Pflege in einem Heim angewiesen sind, bleibt dieser Weg verschlossen. Wenn wir auch ihnen helfen wollen, müssen wir mit öffentlichen Mitteln den Bau von Altersheimen unterstützen. Darum geht es bei der Stärkung der Gemeindefinanzen und bei der Diskussion um die Zuwachsrate des Bundeshaushalts.

Immer mehr Bürger unseres Landes verstehen, daß man vom Staat nicht höhere Leistungen und eine bessere Infrastruktur erwarten kann, wenn man nicht bereit ist, ihm dafür die nötigen Mittel zu geben. Mehr und bessere staatliche Leistungen kosten auch mehr, genauso wie größerer privater Verbrauch. Der Ausbau der Sozialerziehung ist nicht kostenlos zu haben.

Gesellschaft, in der sich einige alles leisten?

Die privaten Einkommen brauchen deswegen nicht verringert zu werden. Sie werden auch in Zukunft weiter steigen. Es geht nur darum, vom Zuwachs der Einkommen einen etwas größeren Teil als bisher für Gemeinschaftsaufgaben zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesregierung und die Sozialdemokratische Partei hatten dazu Vorschläge gemacht. Von der Opposition werden die steuerpolitischen Beschlüsse sowohl der Regierung als auch der SPD scharf abgelehnt. Sie gibt vor, die zusätzlichen maßvoller Steuern unterdrückten den Leistungswillen, bestrafen die Tüchtigen und gefährdeten den Wohlstand. Es entspricht der Tradition konservativer Interessenvertretung, eine Politik als gefährlich für die Gesellschaft abzustempeln, die der Herstellung gleicher Chancen dient.

Offensichtlich versteht die Union unter Leistungsgesellschaft eine Gesellschaft, in der sich einige alles leisten können.

(-/ex/6.9.1972/ks)